

US-Präsident Bush bei der Ansprache vor dem Kongress in Washington

USA

Zehn Jahre Krieg?

Amerika will seine Verbündeten in eine weltweite Schlacht gegen den Terrorismus führen. Die ersten Ziele sind benannt: Terroristenchef Bin Laden und die afghanischen Taliban. Unsicher bleibt, ob die Staatenallianz von Dauer ist: Washington fürchtet einen langen, verlustreichen Konflikt.

Die Pläne sind fertig. Die Truppen stehen, Schnellfeuergewehr bei Fuß, auf Stützpunkten im Nahen und Mittleren Osten, auf Flugzeugträgern und Landungsschiffen zum Sturm bereit – ihr Ziel: Amerikas Staatsfeind Nummer eins, der Drahtzieher des Terrors, Osama Bin Laden.

Ein Codewort nur und Hunderte Elitesoldaten, bis an die Zähne bewaffnet, die Gesichter geschwärzt, springen in ihre Maschinen: nachtschwarze C-130-Transportflugzeuge. An steuerbaren Fallschirmen, geführt von metergenauen Ortungscomputern, die ihre Daten von hoch im All kreisenden GPS-Satelliten erhalten, gleiten sie wenig später geräuschlos über weite Strecken, bis sie – möglichst unerkannt und deswegen am liebsten bei Nacht – nahe dem Einsatzort landen.

Am Boden beginnen die Spezialisten der Delta Force, der Navy Seals, der Green Berets, der Fallschirmjäger und der Army Ranger ihr Werk. Es wird, wenn nötig, mörderisch sein.

Sie sollten, so sehen es jedenfalls die Einsatzpläne vor, die in den Panzerschränken des Central Commands der amerikanischen Streitkräfte auf dem Luftwaffenstützpunkt Mac Dill bei Tampa (Florida) liegen, leichtes Spiel haben. Noch ehe der Gegner bemerkt, was sich vor seinen Augen tut, soll er schon überwältigt sein – möglichst ohne viel Lärm. Messer, Handfeuerwaffen mit Schalldämpfern und potenziell tödliche Kampfsporttechniken gehören daher zu den bevorzugten Einsatzmitteln.

So etwa, glauben Washingtons Einsatzplaner, könnte der erste Abschnitt im nun beginnenden Krieg gegen den Terrorismus ablaufen. Wichtigstes Ziel eines solchen Kommandounternehmens ist die Ergreifung Bin Ladens – „tot oder lebendig“, wie der amerikanische Oberbefehlshaber, Präsident George W. Bush, vergangene Woche forderte.

Für ihn steht fest, dass Bin Laden der Verantwortliche für jenen monströsen Terroranschlag ist, dem am 11. September bis zu 6500 Menschen, darunter viele hundert Nichtamerikaner aus 80 Ländern, zum Opfer fielen. Auf diese Höhe war am Freitag die Zahl der Opfer gestiegen, die unter den Trümmern des World Trade Center in New York, im Washingtoner Pentagon und bei Shanksville in Pennsylvania, wo das vier-





Abschuss eines Tomahawk-Marschflugkörpers, Training amerikanischer Marineinfanteristen in Kuweit

WIN MCNAMEE / DPA (L.); GUSTAVO FERRARI / AP (R.)

te entführte Flugzeug abstürzte, ihr Leben verloren hatten.

Ein Krieg also. Einer, der geführt werden muss, so sehen es die Amerikaner, weil der blutige Anschlag im eigenen Land eine große Wunde für das Selbstgefühl der Nation bedeutet. Weil die islamistischen Angreifer spätestens seit dem 11. September um die Verwundbarkeit des Westens und seiner Vormacht wissen. Weil sie die Möglichkeit eines Sieges wittern. Weil sie es auf die Erschütterung des weltpolitischen Status quo abgesehen haben.



DPA

Taliban-Milizen auf einem erbeuteten Panzer (1995)

Und all jenen Staaten, die aus eigennützigen oder ernsthaften Motiven – schließlich ist abzusehen, dass in diesem Krieg auch viele Unschuldige sterben werden – weiterhin darauf setzen, dass sich Verteidigungsmaßnahmen gegen den Terrorismus in höherer Wachsamkeit erschöpfen könnten, in der Aufrüstung der Polizei, setzen die USA die Pistole auf die Brust: „Entweder ihr seid auf unserer Seite“, verkündete US-Präsident George W. Bush am vorigen Donnerstag, „oder ihr seid auf der Seite der Terroristen.“

Die neue Weltordnung, die einst der Vater des Präsidenten eher erfolglos proklamierte, definiert nun sein Sohn: Wir gegen sie. Die internationale Staatengemeinschaft soll in den Krieg gegen den Terror ziehen, weil dieser Krieg unausweichlich sei. An seine Streitkräfte gewandt, befahl Bush: „Seid bereit.“ Seinen Landsleuten und Verbündeten machte er ohne Umschweife klar: „Die Stunde naht, da Amerika handeln wird, und unsere Armee wird uns stolz machen.“

Den Tag des Losschlagens nannte Bush noch nicht, aber er ergibt sich aus dem Ultimatum, das er dem „verdammenswerten Taliban-Regime“ in Kabul gestellt hat – in der sicheren Erwartung, das es nicht erfüllt wird.

Um einen Angriff zu vermeiden, müssten die afghanischen Steinzeit-Islamisten unter anderem „sofort und ohne Diskussion“

- alle Anführer des al-Qaida-Netzwerks, das Osama Bin Laden gegründet hat, an die USA ausliefern;
- alle Terroristencamps schließen und alle Terroristen an die US-Behörden ausliefern;
- ungehinderten Zugang zu den Terroristencamps gewährleisten, damit sich die Vereinigten Staaten von der Räumung überzeugen können;
- die acht Mitarbeiter der westlichen Hilfsorganisation Shelter Now freilassen.

Nachdem die Taliban-Geistlichen, wie erwartet, auf diese Maximalforderungen nicht eingegangen sind, das ist die Konsequenz aus Bushs beifallumtoster Rede vor dem Kongress in Washington, wird er ihnen wohl bald den Krieg erklären.

Mit einer großen pathetischen Inszenierung legte Bush vor dem auf dem Kapitol versammelten Establishment der Vereinigten Staaten – Regierung, Senat, Repräsentantenhaus und Richter des Supreme Court – die Grundlagen für den weltweiten Feldzug gegen den Terrorismus.

Denn der Tod oder die Ergreifung Bin Ladens und der Sturz der fundamentalisti-



schen Clique in Kabul soll nur der Anfang sein: Mit seiner Rede an die Nation stimmte der Präsident seine Landsleute auf einen langen Kreuzzug gegen alle Terroristen ein, die den Islam militant und mörderisch gegen ihren Todfeind Amerika auslegen: „Wir werden nicht in unserer Mühe nachlassen, wir werden nicht der Schwäche nachgeben, und wir werden nicht fehlen“, sagte er in Anlehnung an die mit biblischem Wortschatz untermauerten Ansprachen Franklin Delano Roosevelts zu Beginn des Zweiten Weltkriegs.

Die anschwellende Kriegsentschlossenheit gibt die ungeheure Spannung wieder, unter der Amerika seit dem 11. September steht. Dass das FBI die Lebensfäden, die die 19 Selbstmordattentäter mitten in Amerika zogen, nach und nach freilegt, trägt zur ungläubigen Verbitterung bei und verschärft die Ungeduld. Übereinstimmung herrscht jedenfalls darüber, dass die Supermacht eine militärische Antwort auf den Massenmord geben muss: bei den regierenden Republikanern, bei der demokratischen Opposition, in den großen Zeitungen des Landes, aber auch bei 91 Prozent seiner Bewohner.

Der Aufmarsch zum Krieg hatte schon vor Bushs Einschwörungsrede begonnen. Am Mittwoch lief der Flugzeugträger „USS Theodore Roosevelt“ mit 13 Kriegsschiffen im Geleit vom Heimathafen Norfolk (Virginia) in den Atlantik aus – vorläufiges Ziel: das Mittelmeer. Von dort ist es nur noch ein kurzer Weg in den Indischen Ozean, die Aufmarschzone gegen Afghanistan.

Bald folgte ein weiterer US-Flottenverband aus dem japanischen Yokosuka. Und in Osttimor drillten derweil 3000 US-Marineinfanteristen noch einmal den Blitzeinsatz in feindlichem Gelände.

Am Donnerstag begann zudem die Verlegung von über 100 Kampfflugzeugen aus den USA auf Stützpunkte am Golf – darunter schwere Fernbomber vom Typ B-1 und B-52, Jagdflugzeuge sowie Tanker und andere Unterstützungseinheiten. Einige Maschinen werden – ein beispielloser Vorgang – sogar in die früheren Sowjetrepubliken Usbekistan und Tadschikistan verlegt.

Zur gleichen Zeit machten sich in Fort Bragg (North Carolina) und in anderen Landesteilen Kommandoeinheiten fertig zum Transport in die Krisenregion. Dort unterhält die Supermacht bereits ein beträchtliches militärisches Potenzial: In Schlagdistanz zum afghanischen Bergland kreuzen vor den Küsten Irans und Pakistans schon zwei amerikanische Flugzeugträger – die „Enterprise“ und die „Carl Vinson“. Zusammen mit ihren Flottenverbänden von insgesamt fast zwei Dutzend Kreuzern, Fregatten, Zerstörern und U-Booten verfügen die Amerikaner damit über ein gewaltiges Arsenal.

150 Kampfflugzeuge können von den Katapulten der beiden Träger in den Luftkrieg geschleudert werden. 900 Marschflugkörper tragen die Schiffe über und unter Wasser in ihren Abschussrohren und Munitionsbunkern, jeder von ihnen bestückt mit einem Sprengkopf von mehreren 100 Kilo und einem Steuercomputer, der diese Last im Bestfall punktgenau ins programmierte Ziel führt.

10 000 GIs auf der arabischen Halbinsel, nach dem Golfkrieg als Wache gegen weitere Abenteuer des irakischen Diktators Saddam Hussein in der Region belassen, sollen diese Woche durch weitere Interventionskräfte verstärkt werden, von denen noch niemand so recht weiß, auf welchem Wege sie an die afghanische Front gelangen könnten.

Aber sind Afghanistan und Bin Laden, der für islamische Fundamentalisten in Kenia, Saudi-Arabien oder Pakistan eine Kultfigur ist wie einst Ché Guevara für die westliche Jugend, alleine das Ziel der erwarteten ersten US-Angriffe?

Seit vor allem israelische Quellen auch auf den Irak als Terroristenhelfer weisen, herrscht Nachrichtensperre im Pentagon, im Weißen Haus und im Außenministerium, die sonst Tag für Tag ausführliche Briefings über den Stand der Dinge vortragen. Eine verdächtige Stille. Versuchen die Golfkriegsveteranen – Außenminister Colin Powell, Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice, Vizepräsident Richard Cheney gehörten schon 1991 in anderen Rollen der Regierung an –, ein unerledigtes Problem von damals mit zu erledigen: Saddam Hussein, der vor Bin Laden Feind Nummer eins der westlichen Welt war?

Und was sind eigentlich die weiteren Ziele in diesem „asymmetrischen Krieg“, wie Militärs die Versuche nennen, Terroristen zu bekämpfen, die anders als Staaten weder eroberbare Städte noch Häfen, noch eine Zivilbevölkerung besitzen?



Raketenangriff der Nordallianz auf Kabul*

AFP / DPA

* Am 12. September.



REUTERS

Washingtons Kampfoptionen



DPA

MARSCHFLUGKÖRPER

Vorteile: keine eigenen Verluste; auch über weite Entfernung zielgenau

Nachteile: gegen mobile Terroristen unwirksam; von Präsident Bush daher als Strafaktion abgelehnt



AP

KAMPFBOMBER

Vorteile: geringe Gefahr von US-Opfern; treffsicher auch gegen bewegliche Ziele

Nachteile: Terrorgruppen und Taliban bieten kaum Angriffspunkte für einen ausgedehnten Luftkrieg



US Army/DDP

SPEZIALEINHEITEN

Vorteile: begrenzte Operation; einzige Möglichkeit Bin Laden zu fassen

Nachteile: verlustreiche Bodenkämpfe drohen; präzise Spionageinformationen fehlen



T. GRABKA

KOOPERATION MIT TALIBAN-GEGNERN

Vorteile: kein Bedarf an eigenen Bodentruppen; weniger Legitimationsprobleme in der islamischen Welt

Nachteile: die Opposition ist schlecht organisiert und mangelhaft ausgerüstet



AFP/DPA

INVASION MIT BODENTRUPPEN

Vorteile: keine

Nachteile: es droht ein zweites Vietnam; die globale Unterstützung vor allem in der islamischen Welt könnte versiegen

DER SPIEGEL

Präsident Bush macht keinen Unterschied mehr zwischen den Terroristen und den Ländern, die ihnen in irgendeiner Form beistehen. Er beabsichtigt, an beiden in gleichem Maße Rache zu üben. Die in Washington kursierende Liste jener Länder, die Terrororganisationen wie der Bin Ladens Zuflucht, finanzielle oder logistische Unterstützung gewähren, ist aber ziemlich lang: Iran und Irak, Syrien, Libyen und Sudan, Kuba und Nordkorea (siehe Grafik Seite 152/153).

In Amerika selbst herrscht in diesen Tagen Alarmzustand. Vor den Küsten patrouillieren Kriegsschiffe der Marine. Die Armee zog 35 000 Reservisten ein, die neue Terroranschläge verhindern helfen sollen. Bush berief am vorigen Donnerstag einen Beauftragten für den Heimatschutz, der dem Weißen Haus unterstellt ist. Für die Bewachung der Atomkraftwerke gilt die höchste Sicherheitsstufe. Einheiten der Nationalgarde für biologische Kriegsführung sind, zum ersten Mal in ihrer Geschichte, in ihre Einsatzgebiete beordert worden.

Immer neue Gerüchte tauchen auf: Autobomben am Wochenende in Washington, neue Flugzeugentführungen, Selbstmordattentäter seien wieder unterwegs.

Seitdem die Angst allgegenwärtig ist, liegt Jerusalem in Amerika. In den Städten fehlt, was sie eigentlich ausmacht: das Laute, Lärmende, Marktschreierische, die robuste Lebensfreude, die Zurschaustellung der wilden, guten Laune und des Reichtums. Restaurants, Kinos und Kneipen sind nur halb so gefüllt wie üblicherweise an schönen Spätsommerabenden.

LÄNGST BESITZT PRÄSIDENT BUSH ALLE VOLLMACHTEN FÜR EINE KRIEGSERKLÄRUNG

Sicherheit geht vor Freiheit. Die Stimmung ist beklommen, dabei völlig unhysterisch. Ein Verdienst auch des Präsidenten Bush, der jeden Anflug von McCarthyismus im Keim erstickte, als er eine Moschee besuchte und Hetzjagden auf die Amerikaner muslimischen Glaubens – immerhin rund acht Millionen Menschen – öffentlich verurteilte.

Längst besitzt Bush alle Vollmachten für eine Kriegserklärung. In einem Akt der Selbstentmachtung erteilten ihm Senat und Repräsentantenhaus volle Handlungsfreiheit für die Operation „Infinite Justice“, grenzenlose Gerechtigkeit, für die Ende voriger Woche allerdings noch ein neuer Name gesucht wurde. „Das Land steht vereint hinter Bush, weil ihm nichts anderes übrig bleibt“, schreibt die „New York Times“ über die Stimmung in Amerika. „Aus ihm muss jetzt der Präsident werden, den wir in dieser Lage brauchen.“

Zur Beruhigung der Bush-Skeptiker im In- und Ausland ist Außenminister Powell momentan die zentrale Figur bei der Entscheidungsfindung. Der ehemalige Vier-Sterne-General und Generalstabschef im Golfkrieg 1991 kann sein ungewöhnliches Charisma endlich auch als Politiker zeigen. Berühmt geworden ist die so genannte Powell-Doktrin: Nach den schlimmen Erfahrungen von Vietnam solle Amerika nur dann seine Soldaten in den Krieg schicken, wenn das Ziel des Kampfeinsatzes klar sei, wenn es um vitale Interessen der USA gehe, die Öf-



REUTERS

Verkaufsstände im zerstörten Stadtzentrum von Kabul

fentlichkeit dahinter stehe und der Sieg gewährleistet sei.

Unter dem Schock der Terrorangriffe mitten in Amerika musste der Außenminister seine Doktrin variieren. „Als Soldat wird man dafür ausgebildet“, sagt er, „ein feindliches Gebiet zu besetzen. Dieser Fall aber ist anders. Diesmal hält sich der Feind an vielen Orten auf, er hält sich versteckt. Und deshalb brauchen wir einen Plan für einen Feldzug gegen diesen besonderen Feind, und reine militärische Gewalt kann nicht alles sein.“

Die Prozession ausländischer Staatschefs und Außenminister in Washington – von Jacques Chirac über Tony Blair bis zu Joschka Fischer und seinem russischen Kollegen Igor Iwanow – bekam vorige Woche von Powell wie von Präsident Bush zu hören, dass ein Militärschlag, zumindest in Afghanistan, unabweislich bevorsteht. Der aber soll begleitet werden von anderen konzertierten Aktionen – um Geldquellen und Finanzströme Bin Ladens auszutrocknen, um die Infrastruktur der Terrorgruppen mit elektronischer Überwachung zu erhellen, um – auf Beharren der Europäer – mit politischen und sozialen Maßnahmen die Ursachen des Terrors zu bekämpfen.

Die Staats- und Regierungschefs in der EU und der Nato schätzen Powell, weil er die Verbündeten pflegt und zudem – anders als Cheney, Rumsfeld oder auch der außenpolitisch unbedarfte Präsident – internationale Verträge und Institutionen zu schätzen weiß. Dass jetzt tatsächlich Multilateralismus auf der Tagesordnung steht, stellte ausgerechnet George Bush Sen., der als Ratgeber seines Sohnes in Erscheinung tritt, klar: Die Vorstellung, wonach „Amerika alleine in den Kampf gegen den Terrorismus ziehen kann“, habe sich ja wohl diesmal von selbst erledigt.

Im Golfkrieg dauerte es fast ein halbes Jahr, bis Amerika den Aufmarsch seiner alliierten Interventionsarmee abgeschlossen hatte. Die diplomatische Kunst bestand darin, die Allianz über eine so lange Zeit zusammenzuhalten.

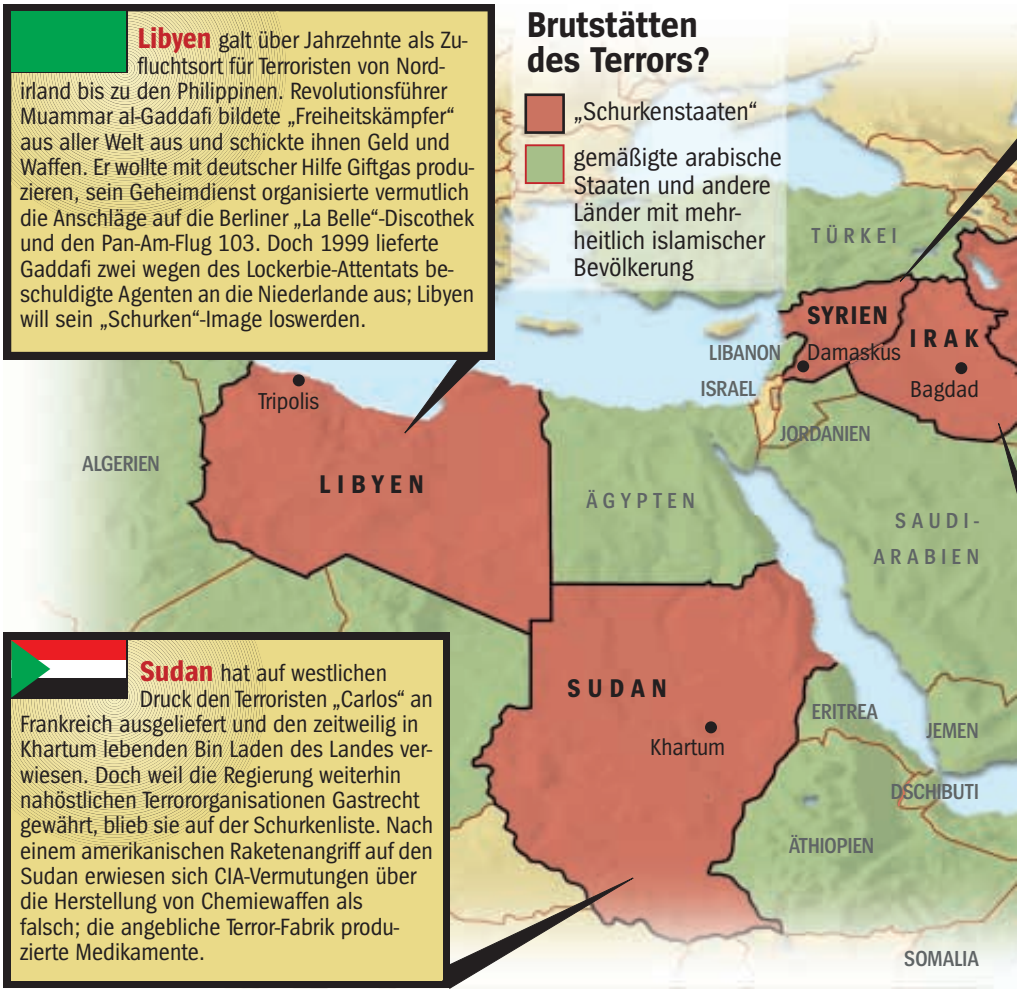
Auch diesmal gelang es Powell schnell, viele Verbündete für einen möglichen Waffengang gegen die Terroristen zu gewinnen. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen unterstützt die USA mit einer einstimmig verabschiedeten Anti-Terrorismus-Resolution – ein ungewöhnlicher Akt von Einmütigkeit.

Allerdings scheinen die USA nicht die Absicht zu haben, von den Nato-Partnern große Militärhilfe einzufordern. Dass die Briten – „die treuesten unserer Freunde“, wie Bush in seiner Ansprache an die Nation sagte – in irgendeiner Weise beteiligt sein werden, scheint ausgemacht. Von den Deutschen wollte das Pentagon wissen, wie einsatzbereit denn die Krisenreaktionskräfte seien.

Seinen größten diplomatischen Erfolg brachte Außenminister Powell mit maximaler Härte zu Stande: die – von Radikalen inzwischen gezielt gebrochene – Waffenruhe zwischen Palästinensern und Israel.

Dass der anhaltende Konflikt zwischen Palästinensern und Israelis eine Quelle für den Hass in der arabischen Welt auf die Israel-Schutzmacht Amerika ist, und Terrorgruppen wie Hamas, Hisbollah oder Kristallisationsfiguren wie Bin Laden immer wieder neuen Nachwuchs zutreibt, versucht der ägyptische Staatschef Husni Mubarak der amerikanischen Regierung seit Monaten beizubringen: Das könne zu den terroristischen Anschlägen in New York und Washington ermutigt haben, sagte er vorige Woche im US-Fernsehen.

Die Weltmacht Amerika hatte die Entfesselung der Gewalt im Gaza-Streifen, im Westjordanland und in Israel seit dem Amtsantritt von Bush mit fatalistischer



Gleichgültigkeit bedacht. Das ist nun vorbei – so lange zumindest, wie die Bush-Regierung ihr Vorhaben vorantreibt, Terror an den Quellen einzudämmen.

Für Ägypten und Jordanien ist die offizielle Feuerpause zwischen Arafat und Scharon die Vorbedingung zur Teilnahme an der von Powell geschmiedeten Allianz. „Unser Volk muss davon überzeugt sein," sagt der jordanische Außenminister Mohammed al-Chatib, „dass Israel nicht den Nutzen aus der Lage zieht."

Dennoch bleibt der US-Klient in Nahost ein entscheidender Risikofaktor für die große Allianz, die Amerikas Aufmarsch diplomatisch abrunden soll. „Wir werden nicht den Preis für die Herstellung dieser Koalition zahlen", droht Scharon vorsorglich.

Unter den arabischen Ländern kommt Saudi-Arabien die Schlüsselrolle zu. Seit dem Golfkrieg stehen amerikanische Truppen auf saudiarabischem Territorium, derzeit 5000 Mann. Ungläubige Soldaten aus dem dekadenten Konsumtempel Amerika – für Bin Laden, geboren als Sohn eines reichen Geschäftsmanns in Dschidda, war 1991 das Initialjahr, der Grund für seinen Kreuzzug gegen die Weltmacht, den er nun aus seinem Versteck in den zerklüfteten Bergen des südlichen Afghanistan inspiriert, organisiert und finanziert.

Was Saudi-Arabien im Golfkrieg war, droht Pakistan heute: Aufmarschgebiet der amerikanischen Streitmacht für den Krieg im Nachbarland zu werden. Und der Militärmachthaber Pervez Musharraf geht ein enormes Wagnis ein, indem er Amerika unterstützt, das das arme islamische Land seit Jahren politisch ignoriert und Sanktionen verhängt hatte (siehe Seite 162).

Der Krieg, der nun beginnt, kann lange dauern. Er wird nicht mit chirurgischen Schlägen und nur einem Minimum an Opfern geführt werden. Für das unverblümte Aussprechen solch unangenehmer Wahrheiten ist in der US-Regierung Vizepräsident Cheney zuständig, ein harter, illusionsloser Pragmatiker, der an der Schaltstelle im Weißen Haus sitzt und Powell oder Rumsfeld das Rampenlicht überlässt.

„WIR MÜSSEN ÜBER DIE DUNKLE SEITE NACHDENKEN, ÜBER DIE SCHATTENWELT DER GEHEIMDIENSTE"

Aus Cheneys Perspektive ist der Krieg gegen Bin Ladens Netzwerk eine Sache von Spezialeinheiten, die, anders als Raketen oder Bomben, das Eigentliche erledigen können – Terroristen finden. „Wir müssen auch über so etwas wie die dunkle Seite nachdenken, über die Schattenwelt der Geheimdienste," meinte er in allem Freimut im NBC-Interview. Dabei könne der Geheimdienst auf die „wenig appetitlichen Charaktere" kaum verzichten, wenn er ins Binnengefüge international operierender Terroristengruppen eindringen soll: „Das ist ein übles, gemeines, gefährliches, schmutziges Geschäft, und wir müssen uns in dieser Arena tummeln."

Tatsächlich spielen die Geheimdienste vieler Länder derzeit eine entscheidende Rolle im Aufspüren der Netzwerke, der Zusammenarbeit verschiedener Attentäter-Gruppen und ihrer Finanzierung. Russland rühmt sich, wichtige Erkenntnisse über die Gewohnheiten Bin Ladens an die CIA weitergegeben zu haben; angeblich beschaffte auch Arafats Geheimdienst sachdienliche Hinweise; die Zusammenarbeit zwischen dem Bundesnachrichtendienst und der CIA funktioniert derzeit fast reibungslos gut. Das Gewerbe findet zu seinen Ursprüngen zurück: Wichtiger als allerneueste elektronische Gerätschaften sind Wissen und Können der Agenten, „human intelligence".

Währenddessen stimmten Staats- und Regierungschefs in ganz Europa ihre Bürger auf einen lang andauernden Feldzug gegen das Netzwerk des islamistischen Terrorismus mit Basis-Stationen auf mehreren Kontinenten ein.

Längst ist die Angst auch über den Atlantik geschwappt. So wollten westliche Geheimdienste wissen, dass das Brüsseler Hautquartier der Nato um den 1. Oktober herum durch Terroristen gefährdet sei – was bei der Allianz selbst indes als Unsinn abgetan wurde.

Zwar sei vergangene Woche im Nato-Rat darüber gesprochen worden, dass die Zentrale des Bündnisses „wie eine riesige Zielscheibe" in der Abflugschneise des Brüsseler Flughafens Zaventem liege, konkrete Hinweise gebe es dagegen nicht. Dennoch: Vorigen Donnerstag übten die Nato-Bediensteten die Evakuierung der Zentrale, seit Sonnabend gilt für alle internationalen Behörden in der belgischen Hauptstadt erhöhte Alarmbereitschaft.

Ganz offenbar plant Washington für einen Zwei-Stufen-Krieg: die Operation „Grenzenlose Gerechtigkeit" zur – militärischen – Bestrafung der Verantwortlichen der Terrorschläge vom 11. September; und die Operation „Edler Adler" (Noble Eagle) als Langzeitprogramm für die weltweite Bekämpfung des Terrorismus.

Bis zu zehn Jahre und mehr rechnen die Amerikaner für den zweiten Teil ihres Vorhabens. Vizepräsident Richard Cheney sieht sein Land sogar „für die vorhersehbare Zukunft" in diesen Kampf verstrickt.

Eine eher symbolische Strafaktion, zu der sein Vorgänger 1998 gegriffen hatte, als er sechs Bin-Laden-Lager mit Cruise Missiles angreifen ließ, hat der jetzige Herr im



Syrien beherbergt zwar weiterhin radikale Palästinenser-Organisationen und unterstützt die im Südlibanon operierende Hisbollah im Kampf gegen Israel. Aber im Golf-Krieg 1990/91 hatte sich Damaskus der Koalition gegen Saddam Hussein angeschlossen; Syriens seit gut einem Jahr regierender Präsident Baschar al-Assad gilt als dem Westen gegenüber aufgeschlossen.

Afghanistan, das zu mehr als 90 Prozent von den Taliban kontrolliert wird, gewährt etlichen islamistischen Gruppen Zuflucht. Die wichtigste ist Osama Bin Ladens al-Qaida; diese „Welt-Islam-Front für den Dschidad gegen Juden und Kreuzzügler" hat mehrere tausend Männer in Afghanistan und verfügt über ein weltweites Netz von Kämpfern und Sympathisanten. Qaida-Mitglieder sollen 1995 und 1996 die Terrorangriffe auf amerikanische Einrichtungen in Saudi-Arabien ausgeführt haben und im August 1998 an den Anschlägen auf die US-Botschaften in Nairobi und Daressalam beteiligt gewesen sein.

Irak schreckt die Welt durch sein Potenzial an chemischen und biologischen Waffen sowie mögliche Raketensysteme. Dem Despoten Saddam Hussein wird jede Untat zugetraut. Er steht im anhaltenden Konflikt mit Amerika, weil die US-Luftwaffe Flugverbotszonen im Norden und Süden des Landes kontrolliert. Uno-Sanktionen haben eher die Bevölkerung getroffen als Saddams Regime. Das unterstützt die terroristische Palestinian Liberation Front, die 1985 das Kreuzfahrtschiff „Achille Lauro" gekapert hatte.

Iran verbesserte sein Image seit der Wahl des gemäßigten Präsidenten Mohammed Chatami 1997. Nur die anti-westlichen Eiferer im Gottesstaat schmähen die USA noch als den „großen Satan". Doch das Atom- und Raketen-Entwicklungsprogramm der Islamischen Republik gibt weiterhin Anlass zur Sorge. Zudem unterstützt Teheran die radikal islamistischen Gruppen Hamas und Hisbollah sowie die kurdische PKK.

Angst vor einem Abenteuer

Die Solidaritätsadressen der Europäer an die USA versprechen mehr, als sie halten.

Mit markiger Stimme – zu Hause begann der Wahlkampf – fand Gerhard Schröder am Freitagabend vor der Presse in Brüssel starke Worte zur Waffenbrüderschaft der Europäischen Union mit den Vereinigten Staaten von Amerika.

Im weltweiten Feldzug gegen die Terroristen und ihre Helfershelfer stehe die EU „fest an der Seite der USA". Es gebe keinesfalls nur verbale Solidarität, sämtliche EU-Staaten, auch die neutralen wie Irland oder Schweden, seien bereit, „bei den notwendig werdenden militärischen Maßnahmen Unterstützung zu geben".

Im extrem geschützten Ratsgebäude am Brüsseler Rond Point Robert Schuman auf dem Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs der EU hatten sich die kriegerischen Töne am großen Viereck der braunen Tische und grünen Sessel allerdings ganz anders angehört. Die Washington-Rückkehrer Tony Blair, Jacques Chirac und Joschka Fischer mussten gestehen, dass die Bush-Administration auch ihnen nicht anvertraut habe, was sie militärisch genau im Schilde führe. Chirac: „Wir wissen noch nicht, wie sich die USA entschieden haben."

Bestimmt war die Diskussion der Staatenlenker vielmehr wiederum, wie in der Woche zuvor, von der Angst, durch die Amerikaner in ein Kriegsabenteuer mit unabsehbaren Konsequenzen, ja in einen dritten Weltkrieg hineingezogen zu werden. Also setzten die fünfzehn ihre militärische Hilfsbereitschaft unter erheblichen Vorbehalt.

Ein amerikanischer Gegenschlag sei zwar gerechtfertigt, hieß es im Kommuniqué. Aber: Man wolle sich an solchen Aktionen nur beteiligen, wenn sie „gezielt" seien – was das heißen soll, blieb offen.

Überdies gab es eine weitere Einschränkung: Alle Aktionen erforderten „die enge Abstimmung mit sämtlichen Mitgliedsstaaten der EU" – eine weit offene Hintertür. Die fünfzehn vertrauen darauf, dass sich die Supermacht USA wie fast immer in der Vergangenheit in ihre militärischen Aktionen nicht hineinreden lassen will.

So war denn der auf Druck aus Berlin und nach einem Wink aus Washington von der belgischen Ratspräsidentschaft überstürzt anberaumte Sondergipfel kaum mehr als eine Pflichtübung, widerwillig von der Mehrzahl der Kanzler und Premiers absolviert. Auch in der großen Krise nach dem 11. September hatte sich die Union wieder einmal als kaum handlungsfähig erwiesen, weder in der inneren noch in der äußeren Sicherheitspolitik.

Der Aufbau einer EU-Armee von insgesamt 150 000 Soldaten für den Einsatz in Krisengebieten kommt nicht voran. Die US-Administration, im Verein mit der Türkei, deren Aufnahme in die EU in weiter Ferne liegt, blockiert den Rückgriff der EU auf Hilfsmittel der Nato.

Auch bei der inneren Sicherheit hat die Gemeinschaft noch nicht viel zu bieten. Zwar verständigten sich die EU-Justiz- und Innenminister am Donnerstag auf Treffen hochrangiger Polizei- und Geheimdienstleute, beschloss die Online-Vernetzung von Ausländerregistern und den erweiterten Zugriff auf die neue Fingerabdruckdatei Eurodac für Asylbewerber.

Aber dann gab es gleich wieder Streit über unterschiedliche Justizkultur bei Anklageprozeduren und Straftatbeständen. Den Vorschlag der EU-Kommission für einen europäischen Haftbefehl, mit dem etwa die Auslieferung von Terroristen zwischen den Mitgliedsstaaten beschleunigt werden kann, verwiesen die Minister erst einmal zurück in die Arbeitsgruppen der Beamten. Nur einen Tag später mussten die Regierungschefs die Justizpolitiker dann zu zügigem Handeln auf diesem Feld anweisen.

Jetzt soll Europol zum zentralen Ansprechpartner für US-Sicherheitsdienste in Terrorismusfragen werden. Aber nach wie vor ist die Gemeinschaftspolizei nicht mehr als ein Büro von Infosammlern. „Europol ist nicht handlungsfähig", bilanziert der ehemalige Kommissionspräsident Jacques Delors lakonisch.



FEDERICO GAMBARINI / DDP

Schröder, Fischer auf dem Gipfeltreffen in Brüssel

Zwischen Vorspeise und Dessert ging es dann beim Gipfel um Nahost, den ewigen Ursprung des islamistischen Terrors. Der Portugiese António Guterres berichtete, er habe kürzlich vier Stunden lang mit Palästinenserführer Arafat und dem israelischen Außenminister Peres geredet.

Die beiden seien in „allen wesentlichen Punkten" einer Meinung, wie sich eine Nahost-Lösung finden lasse, bei der die Sicherheitsinteressen der Israelis sowie die Interessen der Palästinenser bis hin zur Eigenstaatlichkeit zu berücksichtigen seien. Das Problem sei Ministerpräsident Ariel Scharon. Auf ihn müsse verstärkt Druck ausgeübt werden.

Dann ging es um die eigene Verantwortung für die weltweite Entfaltung des Terrors. Man schob sich in der Runde wechselseitig die Schuld zu. Ob die Geldströme zu Gunsten der Terroristen mehr über Luxemburg oder mehr über London fließen, blieb indes ungeklärt. Dirk Koch, Sylvia Schreiber



GETTY IMAGES

Terroristenchef Bin Laden

Weißen Haus jedenfalls kategorisch abgelehnt. Es sei ja wohl Unsinn, „mit einer zwei Millionen Dollar teuren Rakete auf ein leeres Zelt oder einen Kamelhintern zu schießen“, mokierte sich Bush über Clintons Fehlschlag.

Doch wie stark auch immer die vornehmlich amerikanische Anti-Terror-Streitmacht aufgerüstet wird – ihre Einsatzoptionen sind alles andere als rosig. Neben den Kommandounternehmen, die nach Ansicht vieler Experten den Krieg eröffnen könnten, stünde den Amerikanern ein umfassender Luftschlag gegen Bin Laden und seine Taliban-Helfer zu Gebote.

Mit Luftstreitkräften ließe sich das rundum von anderen Ländern eingeschlossene Afghanistan mühelos erreichen. Die Nachteile einer solchen Strategie überwiegen jedoch: Wegen der Entfernung müssten die Jets der Flugzeugträger tief in pakistanischem Luftraum, womöglich sogar nahe der afghanischen Grenze luftbetankt werden.

Das aber macht die schwerfälligen Tankflugzeuge zu idealen Zielen für Luftabwehrwaffen. „Eine Rakete“, so warnt ein Nato-Pilot, „holt aber nicht nur den Tanker vom Himmel. Sie kann auch das Ende bedeuten für all die Flugzeuge, die dort ihren Treibstoff für den Rückflug aufnehmen sollten.“

Das wohl entscheidende militärische Argument gegen einen massiven, ausgedehnten Luftkrieg gegen Afghanistan ist jedoch schlicht der Mangel an Zielen. Die Terroristen „haben sich überallhin zerstreut. Sie verstecken sich in den Bergen und Höhlen. Sie lassen sich ganz einfach nicht ins Visier nehmen“, fürchtet General a. D. Anthony Zinni, als Befehlshaber des Central Commands einst selbst für solche Operationen zuständig.

Da ein reiner Luftkrieg wenig Erfolg verspricht, suchten die Pentagon-Planer nach anderen Möglichkeiten. Eine schien sich im Land selbst anzubieten.

Noch in der Nacht nach den Terrorschlägen an der amerikanischen Ostküste hatten die Feinde der Taliban, die Kämpfer der afghanischen Nordallianz, mit einem Feuerzauber über dem nächtlichen Kabul auf sich aufmerksam gemacht:



Gescheitertes US-Kommando in Iran (1980)



Leiche eines US-Soldaten in Somalia (1993)

AFP / DPA

Gleich reihenweise schlugen ihre Raketen in der Hauptstadt ein.

Diese Kämpfer könnten, so eine Angriffsvariante des Pentagon, gewissermaßen Washingtons Bodentruppe für den Krieg gegen die Taliban abgeben. Mit starker Luftunterstützung der Amerikaner und Attacken von Marschflugkörpern auf Munitionsdepots und Stellungen der Taliban sollte es den Freischärlern, so meinen etliche Strategen in der US-Hauptstadt, wohl möglich sein, Kabul zu überrennen und die Fundamentalisten zu vertreiben.

Vorrangiges Ziel soll es dabei sein, die leidende afghanische Bevölkerung von der Taliban-Diktatur zu erlösen. Die Bedingungen, um die Massen zu gewinnen, sind günstig: Das fromme Regime hat den Menschen dort zu lange neben rigorosen religiösen Vorschriften materielles Elend zugemutet. Die hungernde Bevölkerung braucht rasche und umfassende Hilfe – nach den Kampfjets müssten die Rosinen-Bomber kommen.

Die auf bis zu 25 000 Krieger geschätzte Nordallianz verfügt vorwiegend über Waffen und Ausrüstung aus Russland. Sie sind, urteilen Nato-Experten, auf die Schnelle nicht an modernem US-Kriegsgerät zu trainieren. Russland und das benachbarte Tadschikistan sind aber offenbar bereit – und nach Nato-Information bereits dabei –, Nachschub zu liefern.

Eine Luftwaffe besitzt die Nordallianz nicht. Ihre Luftbeweglichkeit, für Truppentransport und Nachschub in dem zerklüfteten Bergland unerlässlich, beschränkt sich auf kaum mehr als ein halbes Dutzend Transporthubschrauber und zwei ältliche Kampfhelikopter aus ehemals sowjetischen Beständen.

Die Nordallianz gilt allerdings als militärisch und politisch enthauptet. Die Ermordung ihres Kommandanten Massud durch arabische Attentäter kurz vor den Anschlägen in New York und Washington sei ein weiterer Hinweis auf die strategischen Fähigkeiten der Hintermänner des Terrors, glauben die Pentagon-Strategen (siehe Seite 166).

Dennoch drängen die Taliban-Gegner auf den Kampf – und sie wollen ihn am Boden allein führen. Allenfalls die Errichtung eines US-Stützpunktes auf ihrem Gebiet ist vorstellbar, von dem aus Greiftrupps auf die Suche nach Bin Laden geschickt werden könnten.

Auch ein Aufmarsch im Norden, vor allem in Usbekistan und Tadschikistan, wo die Machthaber bereits die Landung von US-Rettungsteams und Transportflugzeugen erlaubt haben, ist denkbar geworden. Schon im Juli wurden pakistanische Politiker darüber informiert, dass Pläne für einen US-Angriff auf Afghanistan fertig seien, die auch von Stützpunkten in den ehemaligen Sowjetrepubliken ausgingen. Bislang läuft die russische Militärführung dagegen Sturm. Ihre Befürchtung lautet: „Wo die Amerikaner einmal sind, gehen sie nicht wieder weg.“ Zwar gibt ein Moskauer Diplomat zu: „Im Prinzip wären Tadschikistan und Usbekistan als amerikanische Aufmarschbasis für einen Schlag gegen die Taliban weit besser geeignet als etwa Pakistan.“ Doch jede konkrete Beteiligung am US-Kreuzzug „würde die dortigen Regimes aus ihrer despotischen Balance kippen“.

Zudem drohe den Amerikanern in Afghanistan ein Debakel, warnen die Russen. Technologisch sei die Taliban-Truppe natürlich kein Gegner für Amerikas Hightech-Soldaten. Aber als Partisanen seien die Afghanen unschlagbar, warnen sie.

Mit einer 100 000-Mann-Armee hatten die Sowjets seit 1979 versucht, das Land zu kontrollieren. Nach zehn Jahren und rund 15 000 Gefallenen zogen sie geschlagen wieder ab. General a. D. Boris Gromow, der letzte Befehlshaber des Sowjetkorps, warnte die Amerikaner nun vor „einem Meer von Blut“, dass sie für einen Sieg vergießen müssten.

In der stets lebendigen Erinnerung an ihren eigenen verlorenen Krieg in Vietnam scheinen die US-Strategen solche Warnungen zu beherzigen, weshalb als wahrscheinlichste Auftakt-Operation gegen die Terror-Internationale eine Form der Kommandoeinsätze erscheint, wie sie das Central Command seit 1998 vorbereitet hat. Doch auch solche Einsätze haben sich in der Vergangenheit als riskant erwiesen.

1980 ordnete Präsident Jimmy Carter eine Befreiungsaktion für die 53 Geiseln an, die von Anhängern des iranischen Revolutionsführers Chomeini schon fast ein halbes Jahr festgehalten worden waren. Die miserabel vorbereitete Aktion, Codename „Eagle Claw“, endete in einer Katastrophe und musste abgebrochen werden.

Im somalischen Mogadischu machten sich amerikanische Spezialeinheiten im Oktober 1993 auf die Suche nach dem Bürgerkriegs-Warlord Mohammed Farah Aidid. Heraus kam eine schreckliche Demütigung für Washingtons Militärs: 18 Ranger starben, zwei Hubschrauber gingen verloren, und die Leiche eines GIs wurde vor laufenden Fernsehkameras im Triumphzug durch die Straßen Mogadischus geschleift.

Zudem scheint derzeit die wichtigste Voraussetzung für ein solches Kommandounternehmen nicht gegeben: Den Amerikanern fehlen zuverlässige Informationen über den genauen Aufenthaltsort des gesuchten Terroristenführers. Dieses Manko könnte dazu führen, dass die Kommandotrupps in einer hochriskanten Aktion zeitgleich mehrere der vermuteten Verstecke Bin Ladens attackieren müssten.

Und selbst wenn sie ihn dann gefunden hätten, in einer der Höhlen entlang der unwirtlichen Südgrenze Afghanistans, nicht allzu weit entfernt vom Wohnort seines Schwiegersohns, des Taliban-Führers Mohammed Omar, selbst wenn sie ihn dann – tot oder lebendig – mit zurückführen würden, wäre das ein zweifelhafter Sieg. Denn auch mit einem solchen Ende hat Bin Laden immer gerechnet.

AUCH EIN GEWALTSAMES ENDE HAT OSAMA BIN LADEN STETS EINKALKULIERT

„Ich habe keine Angst vor dem Tod“, erklärte er schon vor Jahren westlichen Journalisten. Er sei nach Afghanistan gekommen, „um hier zu sterben“. Eines aber wisse er ganz bestimmt: Sein Märtyrertod werde die Zahl seiner Gefolgsleute nur erhöhen.

Hans Hoyng, Siegesmund von Ilsemann, Dirk Koch, Jörg R. Mettke, Gerhard Spörl